


# Wortprotokoll der 51. Plenarversammlung der Stadtverordneten am 24. Februar 2011


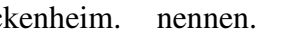
## Tagesordnungspunkt 5

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5.,  Bockenheim, auf. Mit Schreiben vom 14.02.2011 hat mich Frau Oberbürgermeisterin Roth gebeten, diesen Punkt auf die Tagesordnung I unserer heutigen Sitzung zu nehmen. Das Wort hat nun Frau Oberbürgermeisterin Roth. Bitte schön!

Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,

meine sehr geehrten Stadtverordneten!

.Kultur ist das Ferment der Gesellschaft.. Seit diesem Begriff von Walter Wallmann aus dem Jahre 1977 und den fortfolgenden Jahren hat sich Frankfurt zu einer bedeutenden Kulturstadt entwickelt. Künftig wird ein weiteres Element entwickelt, das Ferment ist das Laboratorium, das wir  Bockenheim. nennen. Mit diesem Projekt  Bockenheim. läuten wir - bei .wir. sind die Stadt Frankfurt, die Körperschaften und die Entscheidungsträger gemeint, die diese Entwicklung in der Vergangenheit zu verantworten hatten und sich in der nächsten Wahlperiode neuen Projekten widmen wollen - ein frühzeitiges Nachdenken in der Form ein, wie eine solche Entwicklung partizipativ geschehen kann und jetzt in diesem Beitrag zum Tragen kommen soll. Dieser Paradigmenwechsel ist ein zweiter Wechsel nach der Schaffung des Museumsufers, mit dem auch eine neue Zeitrechnung begonnen hat. Noch in den Siebzigerjahren galt das Museumsufer als ein Quantensprung in der Stadtentwicklung. Heute erscheint uns und den nachfolgenden Stadtverordneten diese flussläufig zu erschließende Kulturmeile als eine Selbstverständlichkeit. Jetzt - in diesem Jahrhundert, in diesem Jahrzehnt - setzen wir wieder zu einem Quantensprung an: Was wollen wir? Bilbao, die spanische Stadt, hat es vorgemacht. Wir reden heute in der Kommunalpolitik - ich habe häufig genug an dieser Stelle davon gesprochen - meist über europäische Politik, durch die vereinigte europäische Union und die vielen Beschlusslagen. Das heißt, der Blick der großen, bedeutenden, historischen, europäischen Städte ist von den Politikern der Kommunen immer derart ausgerichtet, die anderen Städte in Europa zu sehen, zu beobachten und den Wettbewerber kennenzulernen.

Aber zurück nach Bilbao. Bilbao hat es vorgemacht, und plötzlich kennt jeder Kulturinteressierte der Welt die an sich eher unaufgeregt wirkende spanische Hafenstadt. Bilbao ist mit der Errichtung der architektonisch beeindruckenden Guggenheim-Filiale zu einem Bezugspunkt geworden, nicht anders als ein Jahrzehnt zuvor Frankfurt mit seinem Museumsufer. Von Bilbao wissen wir auch, dass deren Einwohner sehr von Oslo schwärmen. Es gibt das Bemühen, die komplette Hafenfrente in Oslo umzugestalten, um aus der Stadt des Nobelpreises eine Stadt zu machen, über die man dann auch sagen kann, dass sie architektonisch etwas Besonderes sei. Deswegen baut man Oslo jetzt um. Als eine Stadt der Kultur mit einer neuen Oper, mit einem neuen Nationalmuseum, alles gleich am Hafengebiet, und selbst das Edvard-Munch-Museum soll im Jahre 2017 neu entstehen. Der alte Hafen möge wie ein Magnet wirken, das ist der Wunsch der Stadtväter und Stadtmütter in Oslo. Das sieht man in anderen kulturell bedeutenden europäischen Städten ähnlich. Überall bemüht man sich darum, zusammenhängende Kulturräume entstehen zu lassen. Für den Campus Bockenheimer in Frankfurt haben wir - die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat - 2010 gemeinsam mit der Landesregierung diese Voraussetzungen geschaffen. Erst wenn die Goethe-Universität ihren alten Campus Bockenheimer komplett verlassen hat, könnten Musiker, Tänzer, Schauspieler und andere Kulturschaffende eine gewaltige Sogwirkung entfalten, wenn nach und nach die Musikhochschule von der Eschersheimer Landstraße nach Bockenheimer umsiedelt.

Nicht anders als die Entwicklungsgebiete am Osloer Hafen ist Bockenheimer früher ein industriell geprägter Stadtteil gewesen. An dessen Rand entwickelte sich mit der Jahrhundertwende allmählich, im Schlepptau das naturkundliche Senckenberg Museum, die Goethe-Universität. Dieser Zusammenhang ist von großer Bedeutung, wenn jetzt an die Zukunft und die Umnutzung dieses Geländes gedacht wird. Es bietet sich jetzt wieder die Möglichkeit, Naturforschung und Kultur auf eine ganz besondere Weise miteinander in Verbindung zu bringen. Senckenbergs Naturforscher sowie angehende Interpreten und Studierende der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, die eine in Europa geschätzte Ausbildung erfahren.

Während das naturkundliche Museum saniert und wesentlich erweitert wird, bauen wir - die Stadt Frankfurt, wenn es dann die Beschlüsse dafür gibt beziehungsweise das Land Hessen, denn es ist eine Hochschule des Landes - die Musikhochschule neu. Wir als Stadt Frankfurt haben schon im Herbst gesagt, dass wir die Kultureinrichtungen gern dort am Campus sehen würden, ein Ensemble, das im Mittelpunkt eines Projektes steht und deshalb auch als **Kulturcampus** bezeichnet wird. Es ist ein ehrgeiziges Projekt, weil es Erfahrungen und Erwartungen, Theorie und Praxis, Junge und Gestandene auf eigenwillige Weise zusammenbringt. Neben den Musikstudenten könnten auf dem Campus die Tänzer von William Forsythe proben, die Interpreten des Ensembles Modern üben und sich die Künstler aus dem 2009 geschaffenen Musiktheater und Tanzlabor der Moderne - bei uns läuft es unter dem Begriff .LAB. - auf Auftritte vorbereiten.

Weiter in die Zukunft gedacht, wäre dieses weiträumige Areal in Bockenheimer auch geeignet, um als sinnvolle Ergänzung zur Alten Oper einen Konzertsaal zu schaffen. Das bedeutet für die städtischen Körperschaften, Beschlüsse zur Rahmenplanung zu fassen. Nicht heute und

nicht vier Wochen vor der anstehenden Kommunalwahl, aber danach hat die Stadtverordnetenversammlung fünf Jahre zur Verfügung, um sich damit zu befassen. Wir sollten es uns nicht nehmen lassen, diese Gelegenheit zu Beginn der neuen Wahlperiode beim Schopfe zu packen.

Das Modell **◀Kulturcampus▶** Bockenheim. könnte auch ein Modell regionaler Zusammenarbeit werden. Künftig wäre es für die regionale Zusammenarbeit von weitreichender Bedeutung, Frankfurts Nachbarn für dieses Projekt - wir haben ja schon den großen Kulturfonds, an dem sich viele in der Region beteiligen - zu gewinnen, sich an dem Projekt zu beteiligen, um eine Dimension zu erschließen, die man dann wirklich Leuchtturm in Europa nennen könnte. Als Grundsatz gilt für mich, wenn wir einen **◀Kulturcampus▶** angehen, sollten wir ein solches Projekt in europäischer Dimension richtig angehen. Entstehen müsste dann ein neues Quartier, das das Entree für Bockenheim wäre. Das Projekt sollte Kulturelles und Alltägliches miteinander verbinden, also unbedingt auch ein neuer Standort zum Wohnen und Leben werden.

Am vergangenen Montag habe ich als Oberbürgermeisterin zu einem Bürgerforum in das Senckenberg Museum eingeladen. Es waren über 520 Gäste anwesend. Es haben noch weitere Besucher Einlass begehrt, der leider verweigert wurde, weil es aus Brandschutzsicherheitsgründen nicht anders möglich war. Das Interesse war wider Erwarten sehr groß, damit habe ich nicht gerechnet. Mit diesen Besuchern wollten wir - das Podium und die Fachkräfte, die dort um Rede und Antwort gebeten wurden - mit Anwohnern und mit Kulturschaffenden, Stadtplanern und Kulturförderern die Idee des **◀Kulturcampus▶** Bockenheim erörtern. Zum Anfang aller weiteren Debatten zeigte sich deutlich, dass es für jeden Frankfurter möglich sein muss, eine Wohnung zu finden, mit der Auswirkung, dass alle an den Campus Bockenheim ziehen wollten. Daraus ergibt sich für mich folgender Schluss: Wir müssen für diese Stadt einen Ort der Reflexion wie der Regeneration schaffen. Mit der Entwicklung und dem Wegzug der Universität in Bockenheim bietet sich eine solche Möglichkeit. Das eine schließt das andere auch nicht aus. Deshalb spricht viel dafür, über den Anteil des Wohnungsbaus und über die Schaffung von Büros noch einmal grundsätzlich nachzudenken. Es gibt einen sechs Jahre alten B-Plan in der Entwicklung, der dies festgeschrieben hat. Es ist ein Entwurf, aber die neue Stadtverordnetenversammlung sollte sich diesen Entwurf noch einmal vornehmen und dann grundsätzlich darüber, unter den veränderten Kriterien der wachsenden Stadt wie auch dem Anspruch an Bildung und an die Kreativgesellschaft, nachdenken. Für mich als Oberbürgermeisterin, steht außer Frage, dass wir ein Behördenzentrum als neues Entree für Bockenheim sicherlich nicht brauchen.

Warum wollen wir diesen Stadtteil mit dem Campus entwickeln? Nicht wenige Menschen in unserer Stadt wollen ihren Gästen Frankfurt als einen Ort der Moderne vorstellen. Sie besuchen Bauten von Ernst May, Martin Elsaesser und Hans Poelzig. Das sind großartige Ideen gewesen, von denen man noch heute zeigen kann, wie sie Wirklichkeit geworden sind, und wie sie einer anderen Nutzung zugeführt wurden. Aber wir - die Politiker für diese Stadt - wollen auch ein Verständnis für unsere zeitgemäße Moderne erreichen. Ich knüpfe bei diesen Überlegungen, die diesem Konzept zugrunde liegen, an die Beobachtung des Historikers Paul Nolte - er ist 1963 geboren und nicht zu verwechseln mit Ernst Nolte - an, um bei der

Bestimmung der Gegenwart weiterzukommen. Nolte gilt als Vordenker im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik der Gegenwart. Geradezu leidenschaftlich wirbt der Historiker dafür, sich wieder an neue, an andere Orientierungen zu wagen. Orientierungen, die den Menschen in diesen Zeiten, die uns eine große Unübersichtlichkeit präsentieren, weiterhelfen. Zitat: „Wir sollten uns., so Nolte, .Veränderung, Innovation und Dynamik, wir sollten uns die Moderne endlich wieder zutrauen.. Eine Moderne, die es sich beispielsweise zur vordringlichen Aufgabe macht, städtisches Gemeinwesen nach dem gemeinhin akzeptierten Postulat der Nachhaltigkeit zu organisieren. Wir alle beschäftigen uns in der Stadtplanung wie auch in der Wohnungsbaupolitik mit Nachhaltigkeit. Wir beschäftigen uns mit den klimatologischen Veränderungen bei der Entwicklung dieser Stadt, bei der Gründung von Grünzügen wie auch neuer Parks in dieser Stadt. Frau Stadträtin Dr. Rottmann hat gemeinsam mit dem Deutschen Wetterdienst eine Studie in Auftrag gegeben, aus der in einer wunderbaren Analyse zu entnehmen ist, wie sich Frankfurt, wenn sich die klimatologischen Veränderungen auf die Ballungsräume auswirken, mit wie viel Grad und wie viel warmen Sommertagen auseinandersetzen muss. Hier in dieser Stadt gibt es die Kaltluftströme. Als ich in der Kommunalpolitik begann, ich komme politisch aus Nieder-Eschbach, lernte ich schon die Taunusfrischwinde kennen, die abends um 20.30 Uhr kommen, da kann man die Uhr nach stellen. Diese Winde sind in den früheren Zeiten bis in die Innenstadt gekommen, jetzt fließen sie langsamer und kommen in Preungesheim und im Wickenweg zwischen den Hochhäusern zum Stehen. Jede Luft, die stillsteht, wärmt sich wieder auf. Deshalb ist es im Hinblick auf die Zukunft, wenn wir im Jahr 2050 in Frankfurt an 50 Tagen über 25 Grad haben werden, von hoher Bedeutung, dass die Frischluftschneisen erhalten bleiben. Das heißt, Frischluftschneisen sind heute ein stadtplanerisches und stadtpolitisches Entwicklungsprodukt, das von dem Wissen um unsere Natur und um die Wichtigkeit von Grünzonen als Quellen der Kühlung für Städte geprägt ist. Wenn wir uns damit beschäftigen, dann müssen wir uns auch damit beschäftigen, dass die jungen Leute von heute von uns, die wir Politik machen, zu diesen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte, die wissenschaftlich belegt sind, und zu der wachsenden Bedeutung der Städte eine Antwort erwarten, eine Antwort auf den klimatologischen und den demografischen Wandel. Impulse dafür werden in europäischen Städten wie Frankfurt am Main entstehen. Wir haben die Frage zu klären, wie die Menschen in Zukunft leben wollen. Diese Frage wird uns bei der Wahl, aber auch später, immer wieder gestellt werden. Wir müssen uns um Antworten bemühen, wie der Zusammenhalt der Menschen, die in dieser Stadt leben wollen, gelingen kann. Auf den Beitrag der Kulturschaffenden kann Frankfurt nicht verzichten.

Damit komme ich zum dritten Komplex meiner Skizze, mit der ich Ihnen vortrage, was mit dem Entwicklungsgebiet Bockenheim geschehen kann. Wie wollen wir diesen **Kulturcampus**, dieses Projekt Bockenheim realisieren? Stadtplaner Albert Speer hat die Besucher der Frankfurter Bürgerforen zum **Kulturcampus** am Montag ausdrücklich dazu ermuntert, „nicht in zu kleinen Dimensionen zu denken, schließlich werde sich mit diesem Projekt zeigen, welche Bedeutung Frankfurt künftig in der Welt hat.. Das ist ein Zitat, nicht dass man mir das unterstellt. Die Stadtsoziologin Martina Löw, die ebenfalls anwesend war, folgte Speer in seinen grundlegenden Ausführungen und unterstrich, dass Frankfurt einen solchen Ort brauche, einen Ort, an dem Dynamik entsteht. Gleichzeitig gab sie allerdings auch zu bedenken, dass man darauf zu achten habe, dass Frankfurt nicht kippen dürfe.

Meine Damen und Herren, ich bin zu lange in der Kommunalpolitik, als dass ich nicht wüsste, was es bedeutet, wenn Stadtteile in Gefahr sind zu kippen. Mit dem Projekt **Kulturcampus** lässt sich vermeiden, dass Bockenheim eine Abwertung erfährt, wenn die Gebäude der Universität dort nicht mehr sind und das universitäre Leben nicht mehr dort stattfindet. Gleichzeitig kann es allerdings nicht das alleinige Ziel sein, eine eindimensionale Aufwertung des Stadtteils zu betreiben. Die Mischung muss stimmen. Kultur für alle braucht einen **Kulturcampus** für alle.

(Beifall)

Ich weiß, und ich glaube, dass auch Sie als Stadtverordnete wissen, was die Menschen bewegt und ihnen Sorge bereitet. Deshalb präsentieren wir als Stadt Frankfurt den Bürgern kein fertiges Konzept, sondern wir fragen sie erst, was sie davon halten. Daher legen wir den Bürgern nichts Fertiges vor, sondern bieten und sammeln Ideen. Dann sollten wir darangehen, ein solches ehrgeiziges Projekt wie den Campus Bockenheim anzugehen.

Wir werden in diesem Sinne, so wie ich mir das wünsche und vorgetragen habe, wofür ich die Verantwortung trage und was ich initiieren kann, noch im April, spätestens Anfang Mai, ein weiteres Bürgerforum anbieten, um das gesamte Panorama guter Ideen zu entfalten. In dieser Zeit der Ideenentwicklung könnte auf dem Campus eine Box entstehen, in der man sich über Ideen, erste Pläne, die weitere Debatte und auch über alles Weitere informieren kann, was in den Planungswerkstätten zum Projekt **Kulturcampus** auf dem Programm steht. Orientiert an den insgesamt vier Planungswerkstätten, die es zur künftigen Nutzung des Bolongaropalastes gegeben hat, wollen wir dann mit dem Land diese Planungswerkstätten in Verbindung mit Architekten und Stadtplanern anbieten. Für die Zukunft des Bolongaropalastes im Westen der Stadt haben die Bürger reichlich gute Ideen entwickelt. Für mich sind diese Planungswerkstätten ein Beispiel gelungener Partizipation, und im Mai sollen diese Werkstätten auf dem **Kulturcampus** anlaufen und im Herbst die ersten Ergebnisse vorliegen. Diese sind dann das gesammelte Ideenwerk der Bürger. Die Ergebnisse müssen dann in parlamentarische Prozesse eingebracht werden, in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung diskutiert werden, und am Ende kann ein Beschluss stehen, oder die Stadt Frankfurt verwirft sie und macht eigene Vorschläge. Sie muss dann in die klassische Offenlage mit Bebauungsplänen gehen, Bürgeranhörungen veranstalten, all das, was wir kennen, wie bisher unsere demokratische Kommunalpolitik gestaltet ist.

Die partizipativen Elemente, die zunehmend Raum gewinnen bei dem Beteiligungswillen der Menschen an ihrer Stadtgestaltung, sind mit der repräsentativen Demokratie möglich. Wir müssen nur als Politiker schauen, welche Angebote wir den Bürgern machen können, im Vorfeld mit zu entscheiden, welche Richtung wir gehen sollen und sich dann im Stadtteil einen Bürgerwillen entwickeln zu lassen, der akzeptiert und angenommen wird.

Für mich ist dies eine große und gute Chance, weit über die Grenzen der Stadt hinaus wirkende Projekte in diesem Bereich von Bockenheim anzugehen, die für die Frankfurter selbst die Aussicht auf einen Ort der Reflektion, aber auch der Regeneration bieten. Das Ferment Kultur dieser Stadtgesellschaft bekommt dann in dem Stadtteil Bockenheim eine neue, eine moderne Bedeutung am Anfang dieses Jahrhunderts. Es sind Ideen, die diese Stadtgesellschaft zusammenhalten, und ich wünsche mir, dass aus den Ideen in der Stadtgesellschaft Taten werden. In diesem Sinne sollte die neu zu wählende Stadtverordnetenversammlung für die Jahre 2011 bis 2016 die Gunst des Augenblicks nicht verstreichen lassen, in dieser Übergangsphase Ideen zu entwickeln, mit den Bürgern zu diskutieren und dann konkret in die Planung umzusetzen.

Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin! Mir liegen eine Reihe von Wortmeldungen vor. Zunächst hat Frau Stadtverordnete Becker von der LINKE.-Fraktion das Wort. Bitte sehr!

Stadtverordnete Gisela Becker, LINKE.:

Herr Vorsteher,

meine Damen und Herren,

sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!

Bei der Veranstaltung am 21.02.2011 im Senckenberg Museum ging es um Bürgerbeteiligung. Die großen Worte waren .partizipative Planung.. Sie nannten die Veranstaltung, die sehr gut besucht war, eine Bürgervollversammlung. Das war ein großes

Wort, Sie wiederholten es später nochmals. Ich habe mich an alte Zeiten erinnert gefühlt, als man bei mir an der Universität Vollversammlungen durchgeführt hat. Ich hörte aber dann, die Veranstaltung begann bereits um 18.30 Uhr, dass um 19.15 Uhr Leute vor der Tür standen und nicht mehr hineinkamen. Es hätte aber doch über Lautsprecher in den Nebenraum übermittelt werden können, was gesprochen wurde. Das muss für die Zukunft besser gelöst werden.


Eine demokratische Versammlung bedeutet eigentlich, eine Versammlung auf gleicher Augenhöhe durchzuführen. Die .gleiche Augenhöhe. ist ein Merkmal von demokratischen Prozessen. Viel zu lange aber sprachen die Leute auf dem Podium, die Sie eingeladen hatten, nämlich von 18.30 Uhr bis 20.00 Uhr. Erst dann war das Volk dran. Ich hoffe, dass dies in den Planungswerkstätten, die von Ihnen zugesagt wurden, Sie schwankten zwischen April und Mai, in den nächsten Bürgerversammlungen anders läuft, nämlich auf gleicher Augenhöhe.

(Beifall)

Ich bin aber skeptisch, weil die Planungswerkstätten zum Innenstadtkonzept, an denen ich dreimal teilgenommen habe, letztendlich von Investoren bestimmt worden sind und nicht von Bürgerinnen und Bürgern. Auch da besteht ein großer Verbesserungsbedarf. Bürgergruppen fordern seit Langem beim Campus Bockenheim Bürgerbeteiligung und Denkmalschutz, denn der wird auch immer infrage gestellt. Die Initiativen haben sich frühzeitig gebildet, nachdem die Entscheidung gefallen war, dass die Uni ins Westend zieht. Zu nennen sind an vorderster Stelle die Initiative .Ratschlag Bockenheim. und .Zukunft Bockenheim., die nicht auf dem Podium waren. Seit Kurzem gibt es den neuen Verein Offenes Haus der Kulturen Frankfurt am Main, der sich für den Erhalt des Studierendenhauses starkmacht. Die Amerikaner haben es für ein demokratisches Deutschland gestiftet. Ziel muss sein, dieses Studierendenhaus auf jeden Fall zu erhalten.

(Beifall)

Wir wollten es kaum glauben, aber der Stadtplaner Speer sagte, entweder Gesamtabriss oder Erhalt. Ich hoffe, dass es bei dem Erhalt bleibt. Dieses Haus hat eine ganz wichtige Funktion für alle Veranstaltungen, die in der Universität stattfinden. Die Leute, die rundherum wohnen, kommen zum Beispiel sehr oft in die Pupille, das wurde auch in späteren Beiträgen gebracht. Dass der Stadtplaner Speer aber Klima- und Grünplanung für den Campus für überflüssig hält, ist einfach grotesk. Das Kapitel haben Sie vorhin erwähnt. Frankfurt droht ein Hitze- und Klimakollaps durch die Bebauung und geringe Durchlüftung, gerade in den innerstädtischen Wohnquartieren im Sommer, mit negativen gesundheitlichen Folgen für die Menschen, insbesondere für Kinder, Kranke und alte Menschen. Ignoriert Herr Speer den Klimaschutz?

Der  mit der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst sowie weitere Kulturinstitute werden auf den Campus kommen, was wir ausdrücklich begrüßen. Das ist eine sehr gute Entwicklung.

(Beifall)

Sie ist zukunftsfähig, und zusammen mit dem Senckenberg Museum ist es eine hervorragende Entwicklung. Ansonsten brauchen wir viel bezahlbaren Wohnraum auf dem Campus.

(Beifall)

Wir sprechen von 70 Prozent Wohnen und 30 Prozent anderer Nutzung. Das ist eine Umkehrung der ursprünglichen Landesplanung, die wir von Anfang an bekämpft haben, als die ersten Pläne auf den Tisch kamen. Wir haben immer gesagt, niemals 70 Prozent Büroraum, wir haben bereits zwei Millionen Quadratmeter leer stehenden Büroraum zu viel.

Frau Oberbürgermeisterin Roth, Sie haben heute als Tagesordnungspunkt 5. den Bericht B 634 vom 24.09.2010 angemeldet. Aktuell haben wir aber über die Tagesordnung II die Magistratsvorlage M 38 zum Bebauungsplan Nr. 884, hier: Aufstellungsbeschluss, verabschiedet. Der Anstand hätte es geboten, so ist zumindest meine Auffassung, diese Magistratsvorlage als Barometer für Bürgerbeteiligung zu nehmen, nämlich ob sie ehrlich gemeint ist oder verlogen. Der Magistrat und Sie an der Spitze verlangen heute eine Abstimmung über die M 38 vom 04.02.2011, obwohl der zuständige Ortsbeirat 2 sie in seiner Sitzung am 07.02.2011 gar nicht behandeln konnte.

(Beifall)

Die Ortsbeiratsmitglieder haben die Vorlage M 38 erst vier Stunden vor der Sitzung erhalten, sie konnten sie nicht in den Fraktionen besprechen. Das Bauprojekt der ABG wurde noch nie im Ortsbeirat vorgestellt. Auch am 21.02.2011 hat Herr Junker kein Projekt vorgestellt, das ist alles offen. Das kann es nicht sein. Das spricht jeder Demokratie und Bürgerbeteiligung Hohn. Frau Oberbürgermeisterin, Sie sind nicht glaubwürdig, gerade jetzt vor der Wahl sind Sie unglaubwürdig und mit Ihnen der gesamte Magistrat. Wir appellieren deshalb an CDU, SPD und GRÜNE, die Vorlage M 38 heute zurückzustellen, bis der Ortsbeirat 2 darüber mit der Bevölkerung, die immer sehr zahlreich in den Sitzungen vertreten ist, beraten hat.



(Beifall)

Wir lehnen das Verfahren ab und votieren aus diesem Grund die Vorlage M 38 heute nicht.

Wir lehnen auch das geplante Einkaufszentrum ab, das viele Läden auf der Leipziger Straße in den Ruin treiben wird. Eine Umfrage bei den Ladeninhabern sollte im Prozess der Bürgerbeteiligung stattfinden. Die Stadtsoziologin Martina Löw schlägt Umfragen vor. Die Stadt Zürich hat mit Umfragen zur Stadtplanung ebenfalls gute Erfahrungen gemacht. Eine Umfrage bei den Bewohnerinnen und Bewohnern in Bockenheim und im Westend sollte auch stattfinden, um das Zusammenwachsen der beiden Stadtteile auf dem Campus mit vielen Ideen zu bereichern. Wir brauchen Sozialzentren, wir brauchen altersgerechte barrierefreie Wohnungen, die bezahlbar sind. Das geht auch aus der repräsentativen Frankfurter Bedarfsanalyse .Seniorenrechtliches Wohnen. aus dem Jahre 2010 hervor. Von Vielen werden Hausgemeinschaften mit eigener Wohnung gewünscht, das heißt, Gemeinschaftsräume für Begegnungen und Veranstaltungen sollen mit eingeplant werden. So wird den fast 50 Prozent der Singlehaushalte der älteren Bevölkerung ein sozialer Raum geboten. Mir ist bekannt, dass Frau Stadträtin Professor Dr. Birkenfeld bisher vergeblich versucht hat, den Planungsdezernenten Edwin Schwarz dazu zu bewegen, genügend barrierefreien altersgerechten und bezahlbaren Wohnraum bauen zu lassen. Ich würde mich freuen, wenn sich das ändern würde. Die ABG Frankfurt Holding als hundertprozentige städtische Gesellschaft wird die ersten circa 190 Wohnungen nördlich des Depots bauen. Einzelheiten kennen wir nicht. Der Geschäftsführer, Frank Junker, sagte bei der Veranstaltung am 21.02.2011, dass dort Wohnungen in einem ausgewogenen Mischungsverhältnis - vom Generaldirektor bis zum Hartz IV-Empfänger - entstehen werden. Für Generaldirektoren, welch ein Hohn, Feudalfürsten, fiel mir dazu als Assoziation ein. Die ABG ist die Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen.

(Beifall)

Es ist eine absolut schräge Politik, wenn die ABG für Banker baut. Die ABG gehört spätestens nach dieser Aussage unter die Kontrolle der Stadtverordnetenversammlung zurückgeführt.

(Beifall)

Sozialwohnungsbau ist angesagt, bezahlbarer Wohnraum ist auf dem Campus angesagt, aber nicht Bauten für Reiche. Dafür gibt es private Baufirmen. Mit der Durchschnittsrente von 800 Euro müssen die Wohnungen bezahlbar sein. Wir wollen auch, dass dort Familien mit Kindern mit kleinem Einkommen wohnen können, auch die Studierenden sollen dort

Wohnungen bekommen. Die beiden Stadtteile Bockenheim und Westend sollen auf dem Campus Bockenheim enger zusammenwachsen. Der Vizepräsident der Uni vermutet, dass es bis zum Jahre 2019 dauern wird, bis die Uni wegzieht. Es ist genügend Zeit, das gründlich mit der Bevölkerung zu planen, durch Umfragen, durch Planungswerkstätten, mit den Initiativen, mit den Kulturinstitutionen, die dort hinziehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Frau Stadtverordnete Becker! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Baier. Bitte sehr!

Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

liebe Kolleginnen und Kollegen!



Das Thema heute ist Kultur und Wohnen, und da möchte ich zur Vorlage M 38, von der gerade die Rede war, ein paar Vorbemerkungen machen. Wahlkampf muss sein.

Im Wahlkampf sagen manche, holzen sei erlaubt, doch muss man manchmal auf grobe Fouls hinweisen. Herr Oesterling hat im letzten Plenum gesagt, im Europaviertel gebe es keine Wohnungen. Ich habe ihm gesagt, das sei gelogen, denn ich sehe diese Wohnungen jeden Tag. Ein paar Tage später hat er in der Presse erklärt, es seien nur einige Wohnungen. Es sind aber nicht nur die, die ich jeden Tag sehe, sondern es sind auch noch die im Europaviertel

Ost, das sind nämlich über hundert. Das sind nicht einige, das ist eine grobe Verfälschung. Zu diesem Punkt, der gerade angesprochen wurde, haben wir einen neuen Antrag der SPD vorliegen. Den würde ich nicht mal als Verfälschung oder als Foul bezeichnen, sondern nur als ein Eigentor. Wir haben nämlich mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNE und FREIE WÄHLER gegen die Stimmen der FDP im Dezember beschlossen, dass es in diesem Areal, nordwestlich, ein Drittel geförderten Wohnungsbau im ersten Förderweg geben soll. Euer Antrag fällt hinter das zurück, was ihr schon mitbeschlossen habt. Ihr müsst eure eigenen Anträge und Beschlüsse lesen. Sich auf einen städtebaulichen Vertrag festzulegen, wo Herr Junker schon gesagt hat, dass er es macht, und es andere Wege als einen städtebaulichen Vertrag gibt, ist unsinnig, das liegt offen zutage.

(Beifall)

Ich füge noch hinzu, dass der Stadtkämmerer wie auch Herr Heumann für die CDU-Fraktion heute im Haupt- und Finanzausschuss diesen Beschluss auch in der Umsetzung bekräftigt haben. Das Geld dafür sei da, also muss nur das gemacht werden, was Herr Junker als Geschäftsführer der ABG allein nicht machen kann.


Ich komme zum eigentlichen Punkt, dem  **Kulturcampus**  in Bockenheim: Es gab einen Kommentar in einer größeren Tageszeitung, der von einem Wunschkonzert gesprochen hat. Es ist richtig, es handelt sich um zahllose Wünsche, das muss man so sehen. Erfreulicherweise gab es einen Leserinnenkommentar am 19.02.2011 in der Frankfurter Neuen Presse zum Thema .Mehr Bürgerbeteiligung.. Den zitiere ich gleich, weil er mich erfreut. Man muss dazu sagen, jede Bürgerbeteiligung kostet Zeit, bedeutet Verzögerung, und darum bin ich der Oberbürgermeisterin dankbar, dass sie den Termindruck von uns genommen hat, der uns alle in den letzten Wochen bedrückt hat. Diese Leserin schrieb Folgendes: .Ich bin überzeugt, dass es richtig ist, die Bürger in Bockenheim bei den Planungen mitreden zu lassen. In Höchst habe ich dies sehr positiv bei der Debatte um den Bolongaropalast miterlebt, da gab es viele gute Ideen. Erst wollte die Stadt keine Diskussion, dann hat Frau Feldmayer von den GRÜNEN bei der Bürgerversammlung eine Planungswerkstatt vorgeschlagen. Wenig später stimmte auch die Oberbürgermeisterin zu. In Bockenheim haben die GRÜNEN die Durchsetzung des Bebauungsplans über die Köpfe der Menschen hinweg gestoppt, und prompt veranstaltet die Oberbürgermeisterin ein Bürgerforum. Ich finde. schließt die Leserin .eine schwarz-grüne Koalition nicht sehr erstrebenswert, aber wenn die Arbeitsteilung so klappt wie in Frankfurt und zu mehr Bürgerbeteiligung führt, ist das in Ordnung..


(Beifall)

Dem brauche ich nichts mehr hinzufügen.

Wir, die Koalition von CDU und GRÜNEN, wollen keine enttäuschten Bürger oder gar Wutbürger, sondern Bürgerinnen und Bürger, die die Entwicklung unserer Stadt aktiv mitgestalten und sie sich auch aneignen, vor allem dann, wenn es eine Brache ist, wie jetzt der alte Campus. Auch bei dieser Fläche hat die Koalition eine Erfolgsgeschichte vorzuweisen, und zwar einen wechselseitigen dauernden Dialog, wovon nicht jeder Partner von Anfang an überzeugt war. Es begann mit der Dondorf.schen Druckerei. Wir sind mit dem Sonder-Ausschuss nach Dresden gefahren, wo ich mit den CDU-Kollegen über die Druckerei geredet habe, da herrschten noch absolute Ablehnung und Unverständnis. Die CDU-Kollegen haben dann eingesehen, die Druckerei, wenn auch nicht denkmalgeschützt, muss erhalten bleiben. Der damalige Finanzminister Weimar hat es dann auch nachvollzogen.

Wir haben vor Jahren als GRÜNE Wert auf den Erhalt des Studierendenhauses gelegt, und zwar des gesamten Studierendenhauses. Ich erinnere mich an mehrere Gespräche mit dem damaligen Minister, Herrn Corts. Auch das ist Gemeingut der Koalition geworden.

Das Land hat einen Lernprozess vollzogen und ist weggegangen von dem unheimlich hohen Anteil an Büros hin zu dem Thema Wohnungen. Auch das ist dank unserer Koalition ein gewisser Lernprozess gewesen. Schließlich haben wir in den offenen Planungsprozess insofern eingegriffen, dass wir eine fast fertige Vorlage, einen großen Bebauungsplan, aufgehalten haben. Allerdings haben wir immer dazu gesagt, wir erkennen die Arbeit, die die Verwaltung gemacht hat, an. Sie hat sehr gut gearbeitet, nur wollten wir über den Wohnungsmix und den  neu nachdenken.

Was bedeutet der ? Es ist zunächst eine einmalige Chance, ich brauche die Oberbürgermeisterin nicht zu wiederholen, die eine bestechende Grundidee von europäischer Ausstrahlung hat. Dieser Ort soll Kultur bedeuten, ein Ort der Forschung, der Begegnung und der Bildung. Ausgangspunkt ist das Forschungszentrum Senckenberg, das eine mehrjährige Forschung plant beziehungsweise schon in Arbeit hat zur Entwicklung und Kulturgeschichte des Menschen und dabei vor allem die Sinne des Menschen betonen will, was die Sinne des Menschen für die Entwicklung des Menschseins und der Menschheit geleistet haben. Wenn jetzt noch die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst dazukommt und zeigt, wie diese Sinne angesprochen werden, wie Kultur in der Produktion verstanden werden kann, wie sie von uns miterlebt werden kann, dann ist es eine hervorragende Synthese dieser beiden für die Stadt so wichtigen Institutionen.


(Beifall)

Zum Thema Begegnungen komme ich gleich, aber zunächst zur Bildung: Sie wissen, dass unglaublich viele Schulklassen in das Senckenberg Museum gehen. Sie wissen, dass

umgekehrt die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst ihrerseits in die Schulen geht. Das heißt, es findet dort Bildung statt, Tag für Tag, als künstlerische Bildung, als kulturelle Bildung, nach der wir alle gerufen haben. Daraus folgt, es muss ein gemeinsames Konzept zumindest dieser beiden großen Institutionen her, einschließlich der anderen, des Ensemble Modern, des Frankfurt LAB, von Forsythe und auch des Instituts für sozialökologische Forschung. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass sie nicht nur zusammenarbeiten, sondern es muss gelingen, eine Art Atmosphäre zu schaffen, die dort Begegnung ermöglicht. Eine Atmosphäre mit einer gemeinsamen Architektursprache, mit entsprechenden Einrichtungen der Gastronomie, Cafés und Läden. Am Montag hat der evangelische Studentenpfarrer deutlich gemacht, dass er davon ausgeht, dass auch um die Kirche herum Begegnung möglich und notwendig ist.

Herr Speer hat darauf hingewiesen - eine gelungene Formulierung, wie ich finde -, dass wir schauen sollten, was dort schon lange stattfindet und das in das neue, große Projekt mitnehmen. Junge Leute und alte Wissbegierige, die diskutieren, forschen, ausprobieren, innovativ und kreativ sind und nicht zuletzt dort essen und trinken. Insofern hat auch Herr Speer dafür plädiert, das Studierendenhaus in seiner Komplexität mitzunehmen und keine unnötigen Umnutzungen dort hineinzudenken oder es sogar abzuschneiden. Anders als Herr Speer, das ist auch kein Wunder, vertreten wir GRÜNE die Auffassung, dass das Grün dort wichtig ist. Es ist wichtig für die Studierenden, für die alten Bockenheimer und - wenn man ein historisches Bewusstsein hat - in Gedenken an diesen alten Graben, der dort Frankfurt geprägt hat.

Es ist, ich habe es angedeutet, ein Wunschkonzert, aber genau genommen ist es kein Konzert, sondern zunächst einmal nur ein Marktplatz der Ideen. Ein Konzert wird es erst später werden. Dieser Marktplatz bedeutet, Wünsche werden artikuliert, ausformuliert, abgewogen, nach jeweiligen Prioritäten bestimmt, auf Machbarkeit und Finanzierbarkeit abgeklopft werden müssen. Die Frau Oberbürgermeisterin hat es so ausgedrückt: Zunächst die Wünsche sagen, dann in der Info-Box anmelden, sich darüber austauschen und dann überlegen, welche dieser Wünsche eingedampft werden. Welche Wünsche werden von einigen geteilt, welche von vielen, welche Kompromisse gibt es bei den Raumansprüchen, bei der Qualität, die überregional europäisch ausstrahlen soll? Das bedeutet, wir appellieren daran, dass die Wünsche geäußert werden, wir werden aber nicht versprechen, diese umzusetzen, denn es ist klar, man kann nicht alles versprechen, wenn es dann nicht umsetzbar ist.

Am Montag ist auch deutlich geworden, dass Wohnen und Kultur kein Widerspruch ist. Es kann dort später Wohnen für Studierende geben, die dort jetzt Wohnungen verlieren. Der Architekt Happ hat auch deutlich gemacht, dass an der Senckenberganlage, wo wir immer von Büros ausgegangen sind, mit entsprechenden baulichen Maßnahmen sehr wohl Wohnen möglich ist. Auch wurde bereits eine zweite Planungswerkstatt eröffnet. Am Montag haben sich das Institut Senckenberg und die verschiedenen Organisationen am  getroffen und einen Verein gegründet. Das ist auch eine Planungswerkstatt. Es könnte eine dritte Planungswerkstatt eröffnet werden, nämlich zwischen dem Kulturdezernat und dem Planungsdezernat, auch an der Stelle wäre ein Gespräch vielleicht sehr sinnvoll.

Ich komme zum Schluss. Das Land und die Universität haben ein Recht und einen Anspruch darauf, dass sie einen dritten Bauabschnitt im Campus Westend realisieren können - trotz und mit der Schuldenbremse. Wir warten darauf. Insofern ist das, was wir hier machen, ein wesentlicher Baustein, damit es in Hessen vorangehen kann.

Die Fraktionen werden alle noch die Möglichkeit haben, sich über die Prioritäten konstruktiv zu streiten, aber ich spreche zum Schluss eine Einladung an alle Fraktionen aus, dass sie gemeinsam diesen offenen Planungsprozess nach Kräften unterstützen, denn wir können alle dazulernen. Seit ich im ersten Wettbewerb war, habe ich auch dazugelernt. Ich hatte damals noch andere Ideen, wie der Campus Bockenheim sein sollte.

Vielen Dank!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Herr Baier! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneter Reifschneider-Groß. Bitte!

Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

meine Damen und Herren!

Vor einigen Wochen haben wir schon einmal über das Thema **◀Kulturcampus▶** Bockenheim debattiert. Damals hat uns die Oberbürgermeisterin verkündet, dass das Land Hessen dort den Neubau der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst auf dem Gelände des Bockenheimer Depots errichten will. Das war eine gute Nachricht, und das hat auch viele Fantasien und Wünsche angeregt. Vor vielen Jahren hatten Oberbürgermeister Walter Wallmann und der Kulturdezernent Hilmar Hoffmann eine Vision. Daraufhin ist das jetzige Museumsufer entstanden. Heute haben wir auch eine Vision. In Bockenheim könnte ein einmaliger Ausbildungs-, Forschungs- und Spielstandort auf dem Gebiet der Musik, des Tanzes, der darstellenden Kunst sowohl für Studierende sowie Lernende und Lehrende als auch für Kreative entstehen. Diese Kulturmeile, die vom Gelände des Bockenheimer Depots über die Senckenberganlage bis zur Hamburger Allee reichen wird, wird vielleicht einmal als Meilenstein der Stadtentwicklung in Frankfurt wahrgenommen werden. Wir können sagen, bei dieser Vision waren wir dabei.

In diesem Quartier sollen neben der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst unter anderem folgende Kulturinstitute eine Spielstätte und einen Standort finden: das Deutsche Ensemble Akademie, Ensemble Modern, Junge Deutsche Philharmonie, eine Probestühne wird entstehen, ein Kammermusiksaal und das LAB. Das Senckenberg Museum, das ebenfalls einen Erweiterungsbau in Angriff nehmen wird, sowie das in ein paar Tagen neu eröffnete Museum oder Experimenta Science Center - Herr Baier hat eben von den Sinnen gesprochen, auch im Experimenta Science Center werden die Sinne angeregt - wird eine Bereicherung auf diesem **◀Kulturcampus▶**, der sich vom Bockenheimer Depot bis zur Hamburger Allee ziehen wird, sein. Was auf diesem relativ kleinen, überschaubaren Areal entstehen wird, kann sich in Deutschland und in Europa sehen lassen. Frankfurt wird damit ein Magnet für junge kreative Menschen werden, und diese werden den Namen .Frankfurt nach außen und in die Welt tragen. Die Kulturszene wird international verankert sein.

(Beifall)

Über die spektakuläre Vision für Kunst und Kultur dürfen wir natürlich nicht die Belange der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt vergessen, nämlich den Wohnraum. Die Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf. Aufgrund des städtebaulichen Rahmenplans ist der Wohnungsbau gesichert. Über die Höhe des Anteils wird noch zu reden sein. Das Entwicklungspotenzial für einen ansprechenden Wohnungsbau, einen florierenden Einzelhandel, für Cafés und vieles mehr ist vorhanden und muss ausgeschöpft werden. Der Stadtteil Bockenheim wird durch den Wegzug der Universität nicht unattraktiver, sondern bald als neuer Standort für Musik, darstellende Kunst und Tanz wahrgenommen werden und weiterhin attraktiv bleiben oder attraktiver werden.

Die Bürgerbeteiligung, die die FDP begrüßt und von der sie überzeugt ist, damit sich die Bürger aktiv in die Mitgestaltung einbringen können, begrüßen wir, und wir werden sicher alle davon profitieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger diesen Stadtteil mitentwickeln und ihn gemeinsam voranbringen.

Danke schön!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher


Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Frau Reifschneider-Groß. Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneter Sautner. Bitte!

Stadtverordnete Elke Sautner, SPD:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,

meine Damen und Herren!

Wir haben alle im letzten Jahr die Nachricht begrüßt, dass das Land endlich in Bewegung kam beim Campus Bockenheim, dass wir dort - vielleicht - einen  bekommen können und dass es dort auch mehr Wohnraum geben soll. Das war im letzten Jahr für uns eine positive Nachricht, denn das Gelände ist schon lange in der Diskussion, und es ist bislang nichts passiert. Die Forderung, die bereits im letzten Herbst von uns kam, war, dass bei der Frage, wie viel Büro- und wie viel Wohnraum entsteht, noch einmal deutlich nachgebessert werden sollte. Wir brauchen noch mehr Wohnraum, weil der Bedarf in dieser Stadt sehr hoch ist. Auch die Bürgerbeteiligung an diesem Standort ist eine sehr wichtige Sache, gerade weil es in Bockenheim so viele aktive Gruppen gibt, die sich mit dieser Frage, was passiert, wenn die Universität den Standort verlässt und wie sie sich einbringen können, beschäftigen. Sie sind sehr aktiv und rege. Deswegen ist die Bürgerbeteiligung das zweite wichtige Standbein.



Heute habe ich darauf gewartet, dass wir etwas Neues hören. Das einzige Neue war, dass ein Behördenzentrum von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, ausgeschlossen wird. Das begrüßen wir, denn das Areal kann man vernünftiger mit Wohnraum bebauen. Deswegen ist das eine gute Nachricht.

(Beifall)

Ansonsten war dies der Stand vom letzten Jahr. Das ist nicht wirklich befriedigend. Vor allen Dingen hat es mich nicht überrascht, dass die Beteiligung der Menschen an der Veranstaltung am Montag so groß war. Es gibt ein unglaublich reges Interesse. Das haben wir x-mal im Ausschuss für Planung, Bau und Wohnungsbau erlebt. Es gibt viele Gruppen, die dort Wohninitiativen machen wollen, die sich in vielfältigster Form ausdrücken. Deswegen war klar, dass es dort immens viele Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich sehr rege daran beteiligen wollen, was dort geschieht, und deswegen war es auch keine Überraschung, dass dort so viele Menschen waren, die sich auch einbringen wollen. Von daher ist es bedauerlich, dass der Einstieg in diese Entwicklung eigentlich negativ war und es keine Beteiligung gab.

Der formale Einstieg war - das wurde eben schon einmal kurz angeführt -, dass wir kurz und knapp in der letzten Sitzung einen Bebauungsplanentwurf bekommen haben. Sicher wurde er von einigen Inhalten her schon einmal diskutiert, der grobe Rahmen stand. Aber er wurde noch nicht im Ortsbeirat diskutiert. Es war kein gutes Verfahren, dass es jetzt so kurzfristig kam und der Ortsbeirat noch nicht einmal darüber reden konnte. Wir setzen voraus, dass unsere städtische Gesellschaft das, was wir wollen, umsetzt, und zwar vorbildhaft. Warum ist die ABG Holding dann nicht auch in den Ortsbeirat gegangen und hat die groben Planungen schon einmal vorgestellt?


(Beifall)

Warum war das Erste, was wir nach dem Wettbewerb, den es für den Wohnraum, der dort an der Gräfstraße/Sophienstraße entstehen soll, in der Zeitung lesen konnten, dass dort Eigentumswohnungen entstehen und Wohnraum, der um die elf Euro kostet? Dort stand nicht das, was die Stadtverordnetenversammlung mit Beschlüssen, wie Sie ja selbst sagen, im letzten Dezember, aber auch schon davor immer gesagt hat, sie will gemischte Wohngebiete, sie will unterschiedliche Bevölkerungsgruppen dort wohnen haben. Warum hat die ABG Holding, als sie im Januar vorgestellt hat, wie der Wettbewerb ausgegangen ist, nicht klar gesagt, dass dort auch geförderter Wohnraum entstehen soll? Warum ist das nicht passiert?

(Beifall)

Es ist keine Erklärung zu sagen, dass sie nicht wussten, ob sie eine Förderung erhalten. Sie haben immer gesagt, wir brauchen kein Wohnungsbauprogramm, weil die Gelder vorhanden sind. Darauf konnte sich die ABG doch verlassen. Geld für die Förderung ist da. Dann hätte sie es doch von Anfang an einplanen können. Das war bei dem, wie die Nachfrage dort im Stadtteil ist und wie es die Gruppen immer eingebracht haben, gerade für die Studierenden, dass auch unterschiedliche Wohnformen ein Domizil suchen und sich dort einbringen wollen, ein klares Negativsignal, dass unsere eigene Gesellschaft nicht schon vorangegangen ist und die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Thema umgesetzt hat.

(Beifall)

Insofern kann ich nur hoffen, dass es zukünftig besser wird. In einem Punkt hat die Bürgerbeteiligung Erfolg gehabt. Die ehemalige Dondorf-Druckerei bleibt erhalten. Das ist für die Bürger ein gutes Signal gewesen, aber das war bereits im letzten Jahr. Jetzt muss auf diesem Campus wirklich eine Bürgerbeteiligung stattfinden, die diesen Namen verdient, und dazu muss die ABG Holding auch endlich einmal anfangen, Beteiligung umzusetzen. Das macht sie in dieser Stadt sehr schlecht bei ihren einzelnen Projekten, zum Beispiel dem Modellprojekt Heinrich-Lübke-Siedlung. Dort erzählen einem die Menschen, dass noch nicht einmal mitgeteilt wird, dass der Baubeginn verschoben wird. All das muss besser werden, gerade beim . Er soll ein kreativer Ort werden, der über diese Stadt hinausragt. Zu Kreativität gehört auch, dass sich die unterschiedlichen Menschen dort einbringen und dort leben können. Das betrifft die Studenten mit ihren Einkommen und Künstler aller Art. Sie alle müssen dort einen Ort finden, in den sie sich einbringen können. Dann haben wir einen kreativen Ort in dieser Stadt, den wir alle wollen, und dazu eine große Beteiligung. Diesbezüglich haben Sie noch viel vor sich, und ich hoffe, es wird besser als das, womit Sie begonnen haben.

Vielen Dank!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Frau Sautner! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Heumann. Bitte!

Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der **Kulturcampus**, über den wir reden, hat prominente Eltern: Oberbürgermeisterin Petra Roth und Ex-Finanzminister Karlheinz Weimar, die uns im vergangenen Sommer mit dieser frohen Botschaft überrascht haben, mit der Botschaft, dass auf dem Campus-Gelände, immerhin 16 Hektar groß, nicht nur - wie bis dahin geplant - Büros und Wohnraum entstehen sollen, sondern dass diese Fläche eine völlig andere Ausrichtung erhält, indem es ein **Kulturcampus** mit angegliedertem Wohnen werden soll. Wer sich mit dem Thema **Kulturcampus** und den Institutionen befasst, die dort hinkommen sollen, und wer am Montag in der Versammlung war, ist zu der Überzeugung gekommen, dass dieser **Kulturcampus** ein so großes Potenzial hat, dass es vergleichbar ist mit der Marke Museumsufer und zu einem Alleinstellungsmerkmal nicht nur in Deutschland, sondern auch darüber hinaus werden kann.

Während am Museumsufer in Frankfurt vor allem unser materielles kulturelles Erbe und die bildende Kunst präsentiert werden, werden am **Kulturcampus** Bockenheim die zeitbasierten Künste im Mittelpunkt stehen, die dort im Dialog mit Wissenschaft und Ausbildung den Blick nach vorne richten. Der **Kulturcampus** wird zu einem zentralen Veranstaltungsort für zeitgenössische Musik und darstellende Kunst werden sowie gemeinsame wissenschaftliche Ausstellungs- und Vortragsreihen für die Menschen in der gesamten Rhein-Main-Region bieten. Der **Kulturcampus** ist ja heute schon teilweise vorhanden und ein Publikumsmagnet. Allein 500.000 Besucher werden jährlich im Senckenberg Museum gezählt. Das Senckenberg Museum will im Zuge der Umgestaltung des Geländes zum **Kulturcampus** seine Ausstellungsfläche auf 14.000 Quadratmeter verdoppeln. Das Senckenberg Museum wird dort nicht alleine sein, sondern es wird attraktive Nachbarn haben: das Ensemble Modern, Frankfurt LAB, die Hessische Theaterakademie, das Hindemith-Institut Frankfurt, die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, das Institut für Sozialforschung, die Junge Deutsche Philharmonie, die Forsythe-Company. Auch die Städtischen Bühnen sind im Straßenbahndepot Bockenheim mit Schauspiel und Oper heute schon vertreten, das Künstlerhaus Mousonturm ist über Frankfurt LAB dann direkt beteiligt. Hinzu kommen die Institutionen, die wir heute schon im Studierendenhaus haben.

Sie sehen, hier kann nicht nur, hier wird etwas Großes entstehen. Diese Koalition - Sie haben es auch aus dem Beitrag des Kollegen Baier gehört - hat nicht nur den Willen, sondern sie wird dieses Konzept auch umsetzen, denn sie sieht hier eine große Jahrhundertchance, nicht nur für die beiden benachbarten Stadtteile, sondern für die gesamte Stadt Frankfurt am Main. Als Stadtverordnete sollten wir, meine Damen und Herren, stets daran denken, dass wir nicht für uns da sind, nicht für uns Sitzungen abhalten und Anträge schreiben, sondern dass wir zunächst den Bürgern dienen und dafür sorgen sollen, dass die Stadt in eine gesicherte Zukunft geführt wird. Das Thema **◀ Kulturcampus ▶** steht in dieser großen Linie, diese Stadt fit für die Zukunft zu machen. Dieses Kultur-Cluster soll auch deshalb errichtet werden, damit wir weiterhin so wie bisher im Konzert der großen Metropolen - sprich in der Champions League - mitspielen können. Wir sind zwar eine relativ kleine Stadt mit im Moment nur knapp 680.000 Einwohnern und somit nicht größer als mancher Stadtteil von Millionenstädten, aber wir sind auf gleicher Augenhöhe mit ihnen, und das ist Teil unseres Wohlstandes. Diesen müssen wir erhalten. Deswegen müssen wir das Thema **◀ Kulturcampus ▶** aktiv vorantreiben und nach intensiver Diskussion aktiv umsetzen.

Im Übrigen gibt es eine weitere Jahrhundertchance, die im Moment genutzt wird, das ist die Einhausung der A 661, ebenfalls ein typisch schwarz-grünes Projekt.

(Heiterkeit)

Nur mit Win-win-Situationen. Deckel drauf. Lärm wird verschluckt. Zusätzliches Grün wird geschaffen. Ein jetzt unterbrochener Klimazug wird wieder verbunden, die südlich gelegenen Stadtteile werden besser belüftet, und es entsteht zusätzlicher Wohnraum für 5.000 Menschen.

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:


Herr Heumann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:

(fortfahrend)

Nein. Nachher, am Ende meiner Rede, kann zwischengefragt werden.

Dieses Projekt ist eine typische Win-win-Situation, und wenn andere jetzt hämisch lachen: Wer setzt es durch? Wir doch, diese Koalition. Ich bin froh - wie andere auch -, dass wir an diesem mutigen Zukunftsbeschluss für unsere Stadt mitwirken können.

Aber zurück zum . Nach heutiger Planung soll dort nicht nur in einem sehr großen Umfang Kultur entstehen, sondern es sind mindestens 1.200 Wohnungen dort möglich. Wenn die Entwicklung so weitergeht wie angedeutet, wird es dort zwar zukünftig noch Büros geben, aber nur Büros für die Kultureinrichtungen, und der Rest des Geländes wird - soweit er bebaut wird - eine Wohnbebauung darstellen. Zum Inhalt der Wohnbebauung: Es ist heute in einem anderen Ausschuss schon einmal diskutiert worden. Frau Sautner, Sie sind ja nicht Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss. Sonst hätten Sie gehört, dass Ihr Antrag, der zur heutigen Sitzung zur Vorlage M 38 eingereicht worden ist, eigentlich ein rückwärtsgewandter ist, weil er hinter das zurückgeht, was wir am 16.12.2010 im Rahmen des § 9195 beschlossen haben. Wir haben damals eine Ortsbeiratsanregung, von den GRÜNEN im Ortsbeirat initiiert, beschlossen und damit festgelegt, dass ein Drittel des Wohnungsbaus zunächst einmal in diesem nördlichen Baufeld geförderter Wohnungsbau ist, und von diesem Drittel wiederum die Hälfte sozialer Wohnungsbau. Was dann noch übrig bleibt, soll über die sonstigen Förderwege errichtet werden. Sie wollten nur geförderten Wohnungsbau, Sie wollten explizit sozialen Wohnungsbau nicht fordern. Nach Ihrem Antrag müsste sozialer Wohnungsbau gar nicht zum Zuge kommen. Aber diese Koalition ist auch die Koalition des sozialen Wohnungsbaus, und deshalb haben wir das beschlossen.

Für diejenigen, die es hören wollten, aber nicht zugehört haben: Am Montag musste der Geschäftsführer der ABG Holding gleich viermal darstellen, dass es bei diesen Wohnungen frei finanzierten Wohnraum, Wohnraum nach dem zweiten und insbesondere auch Wohnraum nach dem ersten Förderweg, also Sozialwohnungen, geben wird. Es ist auch nicht verwunderlich, dass die SPD heute wieder fragt: Wo steht das? Macht es die ABG? Sie können gar nicht wissen, dass Herr Junker es viermal gesagt hat, denn ich habe dort keinen SPD-Stadtverordneten gesehen.

(Beifall)

Die GRÜNEN waren mit mehreren Stadtverordneten da, die CDU war mit mehreren Stadtverordneten da, aus dem zeitgleich tagenden Rechtsausschuss wollte Frau Loizides kommen. Sie war dann eines der Opfer der Überfüllung und kam nicht mehr hinein. DIE LINKE. war auch noch vertreten.

(Zurufe)

Wie gesagt, ich habe Sie nicht gesehen.


(Zurufe)

Sie waren auch ein Opfer? Das ist gut so.

Vor der Veranstaltung wurde ein Flugblatt der SPD verteilt, Sie laden ebenfalls zu einer Veranstaltung ein und nennen dort insbesondere die noch unbeantworteten Fragen, wie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Planungsgebiet. als Thema der Veranstaltung. Hätten Sie noch gewusst, was Sie am 16.12. beschlossen haben, hätten Sie sich diese Einladung mit diesem Thema schenken können. Sie könnten sagen: Wir von der SPD waren dabei, als wir eine Ortsbeiratsanregung beschlossen haben, dass dort auch - trotz hoher Grundstückspreise - sozialer Wohnungsbau entsteht. Die heutige Diskussion dient ja auch dazu, Sie auf den aktuellen Stand zu bringen.

(Zurufe)

Man muss es Ihnen offensichtlich öfter einmal sagen.

Im Rahmen der Planungswerkstatt, die sehr intensiv sein wird, die sicherlich von vielen Besuchern und Teilnehmern frequentiert werden wird, werden dann die Fragen der Zukunft der Dondorf.schen Druckerei, der Stadt- und Universitätsbibliothek und des Studierendenhauses geklärt. Der Beitrag von Herrn Professor Speer, dieses Gebäude entweder komplett abreißen oder komplett stehenlassen, war sehr hilfreich. Aber es wird auch die Zukunft der Hochhäuser diskutiert werden, eine spannende Frage. Ich kann mir vorstellen, dass es am Ende des Tages Hochhäuser gibt, allerdings nicht so hoch wie geplant und nicht mit der Nutzung als Büros, sondern mit der Nutzung Wohnen. Es wird eine spannende, engagierte Diskussion geben. Ich freue mich, dabei gewesen sein zu können, als dieser für Frankfurt zukunftsweisende Beschluss, nämlich den  als weiteres Highlight dieser Region zu errichten, getroffen wurde. Ich wünsche großartigen Erfolg im Interesse ganz Frankfurts, aber auch im Interesse der benachbarten Stadtteile Westend und Bockenheim.

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Herr Heumann! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneter Dr. von Beckh. Bitte!

Stadtverordnete Dr. Katharina von Beckh, FREIE WÄHLER:

Herr Bührmann,

meine Damen und Herren!

Herr Heumann, ich war auch dort. Ich muss sagen, es war wirklich eine interessante Veranstaltung. Ich möchte kurz zusammenfassen, was mir aufgefallen ist: Auf dem Podium wurden die Visionen bezüglich des **◀ Kulturcampus ▶** gepflegt, und auch Herr Speer hat seine Visionen bezüglich der stadtplanerischen Aspekte gepflegt, die sehr interessant waren. Im Publikum ging es schon vorrangig um den Wohnungsbau. Das waren die Wünsche der Bürger. Aber ich muss zur LINKE. und zur SPD sagen, es wurde nicht nur geförderter Wohnungsbau gewünscht, sondern es wurde Wohnungsbau für alle Altersgruppen und für alle Einkommensklassen gewünscht. Das war wichtig. Natürlich befürworten wir diese wunderbaren Ideen für den **◀ Kulturcampus ▶**.

Was aber auch zum Ausdruck kam, war, dass die Investitionen dort für die Gebäude auf dem **◀ Kulturcampus ▶** natürlich abhängen vom Umzug der restlichen Institutsgebäude auf den Campus Westend. Vorher kann gar nichts geschehen. Ich hätte gern eine etwas ausführlichere Antwort zum Thema der Finanzierbarkeit gehabt. Das ist mir nicht ganz klar geworden, wie das alles zu finanzieren ist. Es ist schön, Visionen zu pflegen, aber die Realität ist eben auch, wie deren Umsetzung bezahlt werden soll. Darauf hätte ich gern in Ihrer Rede, Frau Oberbürgermeisterin, ein paar Hinweise bekommen, wie das gemacht werden soll. Ursprünglich war es so, dass das Land Hessen den Campus Bockenheim gewinnbringend vermarkten wollte, um den Campus Westend zu finanzieren, was jetzt so nicht funktioniert. Wir haben vorhin über die Schuldenbremse gesprochen. Ich hoffe und wünsche, dass diese Visionen, wenn auch nicht morgen, vielleicht übermorgen oder langfristig wahr werden.

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Frau Dr. von Beckh! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Oesterling. Bitte!

Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zunächst einmal zu Beginn meiner Rede - das wird einige sicherlich verblüffen - die GRÜNEN loben.

(Zurufe)

Denn nach dem, was wir aus der Presse entnommen haben, hat Stadtrat Schwarz einen Bebauungsplanentwurf vorbereitet, der uns noch vor der Kommunalwahl hätte erreichen sollen. In einem Bebauungsplanentwurf, der zur Auslegung vorgesehen ist, sind natürlich alle Festlegungen enthalten, die dort üblicherweise getroffen werden. Dann ist zwar gesagt worden, man hätte nach der Auslegung noch etwas ändern können, aber wir kennen Stadtrat Schwarz aus langjähriger Erfahrung. Wenn erst einmal ausgelegt ist und man noch etwas ändern möchte, dann ist Stadtrat Schwarz immer in den Ausschuss gekommen und hat gesagt, wenn wir jetzt noch etwas ändern, dann müssen wir wieder drei Jahre zurückgehen, und alles war fürchterlich kompliziert. Die Wahrheit ist: Wenn dieser Bebauungsplan so eingebracht und beschlossen worden wäre, wäre seitens der Bürger überhaupt nichts mehr zu ändern gewesen. Die GRÜNEN haben das nicht mitgemacht. Sie haben in der Koalition gesagt, dass dieser Bebauungsplan so nicht eingebracht wird und sie erst die Debatte führen wollen. Ich bin den GRÜNEN dankbar dafür, dass sie diesen Bebauungsplan von Edwin Schwarz



aufgehalten haben, denn sonst wäre weder die Rede der Oberbürgermeisterin heute möglich gewesen, noch das, was an Bürgerbeteiligung hier zugesagt worden ist. Deshalb war das eine richtige Haltung der Frankfurter GRÜNEN, dass sie hier der CDU in die Arme gefallen sind und damit erst ermöglicht haben, dass wir jetzt imstande sind, die Bürgerdebatte zu führen und hier noch einmal über diese Planung zu schauen. Es hätte Ihnen gut angestanden, Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie das hier auch erwähnt hätten. Denn Ihr Verdienst war es nicht, dass wir jetzt noch darüber diskutieren können. Das war ein Verdienst der GRÜNEN.

(Beifall)

Ich sehe auch in der Fraktion der GRÜNEN zustimmendes Lächeln. Sie nehmen mir offensichtlich nicht alles übel, was ich heute hier sage. Das ist auch in Ordnung.

Jetzt zu dem, was das Verfahren an sich betrifft. Wir sind schon seit Längerem in diesem Diskussionsprozess, und es war immer in den ganzen Jahren natürlich das Bestreben des Landes, des Finanzministers, einen möglichst hohen Gewinn aus der Veräußerung dieses Geländes zu ziehen. Das hat sich im Wesentlichen deshalb nicht umsetzen lassen, weil die Entwicklung auf dem Büromarkt in den letzten Jahren eine andere war, als sie vorausgesagt worden ist. Das war auch der Anlass dafür, dass das Land seine Pläne geändert hat. Es waren weniger die höhere Einsicht, sondern die Unbillen des Marktes, die dazu geführt haben, dass die ursprünglichen Preisvorstellungen nicht umsetzbar waren.

Nun ist diese Entwicklung im Prinzip positiv. Wir denken jetzt über den **Kulturcampus** nach, über die Musikhochschule, das LAB sowie andere Dinge und über einen höheren Wohnanteil. Aber mit Verlaub, Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie von Bürgerbeteiligung reden, mache ich doch bescheiden einmal darauf aufmerksam, Grundstückseigentümer dieser Fläche ist nach wie vor das Land Hessen.


(Zurufe)

Das heißt, wir können - wie Sie als langjähriges Mitglied des Ausschusses für Planung, Bau und Wohnungsbau wissen - zwar etwas verhindern, was das Land will, wir können das Land aber zu nichts zwingen.

(Zurufe)

Das sind die vernünftigen Interessen - vernünftig ist vielleicht zu viel gesagt -, zumindest die nachvollziehbaren Interessen des Landes, dass es natürlich aus den Grundstückserlösen sowohl den Umzug des Campus als auch den Neubau der Musikhochschule und alles, was damit zusammenhängt, finanzieren will. Deshalb sollte man auf diesen Zusammenhang auch hinweisen und nicht so tun, als ob jeder seine Wünsche äußern kann, die dann auch umgesetzt werden. Es gibt Randbedingungen, und die sollte man auch nennen. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben sie, wenn ich richtig zugehört habe, nicht genannt. Es gebietet aber die Ehrlichkeit, auch zu sagen, dass wir hier nicht völlig frei sind und wir nicht Versprechungen zulasten Dritter machen können, wie Sie wissen. Und Ihr Unmut, den Sie jetzt äußern, zeigt mir ja, dass ich mit dem, was ich hier sage, durchaus auf der richtigen Schiene bin.

(Beifall)

Im Prinzip unterstützen wir das Modell , wir haben uns auch schon dazu geäußert, auch zu einem noch höheren Anteil des Wohnens. Ich will jetzt nur, da wir auch im Antrag über den ersten Bauabschnitt reden, mich selbst und auch die Kollegin Sautner korrigieren. Im Eifer des Gefechts habe ich vorhin im Haupt- und Finanzausschuss von einem Quadratmeterpreis von elf Euro gesprochen. Das war falsch, denn nach Presseberichten hat der Herr Junker gesagt, dass sich der hohe Grundstückspreis in den Mietkosten niederschlägt. Die Miete wird bei einem Quadratmeterpreis von 12,50 Euro beginnen. Insoweit war ich vorhin zu zurückhaltend, es sind keine elf Euro gewesen, sondern 12,50 Euro. Es ist also noch schlimmer, was die Höhe des Preises angeht, als ich das vorhin gesagt habe.

Und dann ist von Sozialwohnungsbau oder von gefördertem Wohnungsbau die Rede, aber nicht auf diesem Grundstück, über das wir jetzt entscheiden. Aber in den Presseerklärungen - Ihren Antrag kenne ich, Kollege Heumann, darin brauchen Sie nicht zu blättern - hat Herr Junker vom gefördertem Wohnungsbau auf dem restlichen Gelände gesprochen, nicht von diesem Grundstück selbst. Entschuldigung, ich war auch bei dem Wettbewerb, und dann wissen wir doch genau, wie die Kalkulation .

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Herr Oesterling, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:

(fortfahrend)

Bei Herrn Heumann ausnahmsweise am Ende, weil er es ist.

Deshalb ist es auch wichtig, dass wir das jetzt noch einmal bekräftigen. Wenn Sie sich jetzt an den drei Prozent Unterschied zwischen Ihren und unseren Vorstellungen stören, können wir das gerne noch nachbessern, wenn Ihnen daran liegt.

Also, meine Damen und Herren, wir sollten auch in jeder Beziehung die Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern pflegen und klar sagen, wie die Randbedingungen sind und nicht zulasten von Dritten irgendetwas versprechen. Jetzt ist es erst einmal so, dass die Entscheidung natürlich weiterhin aufgeschoben worden ist. Das Aufschieben kritisieren wir gar nicht. Dass es jetzt auf den Zeitpunkt nach der Wahl verschoben wird, kommt uns auch entgegen, vielleicht ist dann die Einigungsmöglichkeit mit dem einen oder anderen hinterher größer. Aber es war das Verdienst der GRÜNEN, dass es aufgeschoben wurde und nicht heute in dieser Sitzung die Nägel eingeschlagen werden, wie das der Planungsdezernent beabsichtigt hat. Das war eine richtige Entscheidung, lieber Kollege Cunitz, dass wir nach der Wahl in diesem Hause noch mal gemeinsam darüber reden können. Und deshalb begrüßen wir das jetzt auch.

(Beifall)

Und jetzt möchte der Kollege Heumann eine Zwischenfrage stellen.

(Zurufe)

Jetzt wollte ich Ihnen die Gelegenheit geben, noch mal eine Zwischenfrage zu stellen.

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Herr Oesterling! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Baier.

Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:

Ich wollte eigentlich nur zwei, drei Punkte kurz ansprechen. Ich habe mit Herrn Junker darüber gesprochen, warum der Wettbewerb vor Weihnachten nicht vorgestellt wurde. Daraufhin sagte er, dass das Preisgericht eine Ausstellung des Wettbewerbsergebnisses durchgeführt habe, und zwar im Planungsdezernat in den Wochen nach Weihnachten sowie im neuen Jahr. Er hat mir zugesagt, dass diese Wettbewerbsergebnisse in den nächsten Wochen - in Bockenheim, wo es damals auch keinen Raum dafür gab - neu vorgestellt werden. Das heißt, alle Bürger, alle Kollegen, die das noch sehen wollen, können darüber diskutieren und sich die Wettbewerbsergebnisse anschauen.

Das zweite richtet sich an die Adresse von der SPD und ein bisschen mehr an die der LINKEN. Als damals Herr Weimar als ehemaliger Finanzminister gesagt hatte, ihr bekommt den **Kulturcampus**, hat er gleichzeitig eine Verabredung getroffen, dieses Gelände an die ABG zu verkaufen. Er hat es gleichzeitig gemacht - und wir verstehen uns als verlässliche Partner -, weil das Land das Geld brauchte, um den Weiterbau der Universität zu finanzieren. Man kann jetzt, wenn man ein verlässlicher Partner sein will, nicht sagen, ja, den **Kulturcampus** nehmen wir mit Kusshand, aber das Geld, das ihr eigentlich von uns zu erwarten habt, darauf müsst ihr noch ein bisschen länger warten. Es ist ein wichtiges Signal, dass wir heute die Vorlage M 38 beschlossen haben und das Land damit rechnen kann, dass das Geld bald fließt und es nicht ewig vertagt wird. Drittens, es ist ja nur der Aufstellungsbeschluss. Die Diskussion mit der LINKEN und den Bürgerinitiativen kann im Verfahren noch stattfinden.

Noch ein Wort zu dem Thema 12,50 Euro. Herr Junker hat den Preis immer aufgrund seiner üblichen Kalkulation, was er dem Land für das Grundstück bezahlen muss, getroffen. Ich habe schon öffentlich erklärt, dass die ABG sehr wohl in der Bauweise und in der Grundrissgestaltung noch Geld einsparen kann. Im Übrigen trifft es zu, dass wir das beschlossen haben. Das brauche ich jetzt nicht zu wiederholen, denn Herr Heumann hat es auch gesagt.

Der letzte und wichtigste Punkt, den ich nennen möchte: Wir hatten eine Diskussion, und es gab auch eine Rede zum Thema Bockenheim, die ich vor ein paar Monaten gehalten habe. Dabei ging es darum, was wir beim Land gerne anregen würden, dass es nämlich nicht nach der Methode Rosinenpickerei, sondern nach einem Gesamtkonzept vorgeht, sonst hätte das Land hier und dort eine Fläche vermarktet, immer an den Meistbietenden. Jetzt ist es durch diesen Prozess möglich, den die Oberbürgermeisterin eingeleitet hat, dass es ein Gesamtkonzept gibt und die Rosinenpickerei als solche dann nicht stattfindet. Das wollte ich noch einmal sagen.

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bühmann:

Danke schön, Herr Baier! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Heumann.

Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Um es gleich vorweg zu sagen, Herr Oesterling, Sie bekommen dieses Papier, das ich in der Hand halte, anschließend. Das ist der Beschluss vom 16.12.2010, § 9195, der folgenden Wortlaut hat: .Der Magistrat wird aufgefordert, bezüglich der Fläche nördlich des Depots. - also genau die, die von der Vorlage M 38 erfasst wird - .dafür Sorge zu tragen, dass ein Drittel des dort neu entstehenden Wohnraumes als öffentlich geförderter Wohnungsbau unter der Bedingung sozialverträglicher Mieten realisiert wird.. In Klammern steht dann der Satz: .50 Prozent über den ersten Förderweg, 50 Prozent über das Familien- und Seniorenprogramm der Stadt Frankfurt am Main.. Zweitens: .Ein Viertel des dort entstehenden frei finanzierten und öffentlich geförderten Mietwohnungsbaus wird als Seniorenwohnungen realisiert.. Von der Begründung reicht der erste Satz: .Wie bei anderen neu entstehenden Wohnquartieren in Frankfurt, beispielsweise im Europaviertel, soll auf dem bisherigen Uni-Campus Bockenheim ein sozialgemischtes Quartier mit einem angemessenen Anteil an öffentlich geförderten

Wohnungen entstehen.. So weit unser Beschluss. Damit ist klipp und klar festgestellt, dass ein Drittel geförderter Wohnungsbau auf dem Gelände entstehen soll, für das wir vorhin die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Wohnungsbau beschlossen haben. Alles andere, was hier von der SPD gesagt wird, gehört zum Kapitel Nebelwerferei.

Ich unterstelle, dass die neue Stadtverordnetenversammlung inhaltlich identische Beschlüsse fassen wird, wenn nicht der Magistrat von vornherein mit den entsprechenden Zusicherungen auf die Stadtverordnetenversammlung zukommt, das ist Punkt eins. Punkt zwei ist, dass die Jury dieses Wettbewerbes als ein Kriterium, warum der Architekt Happ den ersten Preis bekommen hat, festgestellt hat, dass diese Unterteilung des Wohnungsbaus in frei finanzierten, in geförderten - wobei zwei Förderwege wieder vorhanden sind - am besten bei seinem Entwurf zu realisieren ist, weil er eine vertikale Aufteilung seiner Gebäude vorgenommen hat. In der Jury waren Sie von der SPD vertreten. Weil es heute höchstwahrscheinlich meine letzte Rede ist, sage ich jetzt dazu nicht mehr, aber Sie waren hoffentlich mit Kopf und Geist anwesend. Sie müssen doch mitbekommen haben, dass die Jury sich auch Gedanken gemacht hat, wie wir es durch die Art und Weise des Bauens schaffen, dort eine gemischte Mieterstruktur, eine gemischte Bevölkerungsstruktur zu bekommen.

Ich sage Ihnen, die Koalition wackelt nicht, diese Koalition sagt, dass wir überall in Frankfurt ein starkes Zeichen setzen werden, auch gegen die Gentrifikation, indem wir unter anderem solche Beschlüsse wie dargestellt fassen. Das ist ein guter Beschluss, und die Stadtteile Bockenheim und Westend werden Erfolg haben und werden an dem Erfolg dieses Geländes partizipieren, indem ihnen nämlich ein Wohnquartier an die Seite gestellt wird, das eine ähnliche Struktur - zumindest was Bockenheim angeht -, aufweist, wie ihr eigener Stadtteil. Es wird einen guten Übergang vom Westend nach Bockenheim geben. Besser kann Stadtplanung, Stadtgestaltung und eine zukunftsweisende und zukunftsorientierte Wohnungspolitik nicht sein.

Ich finde auch im Nachhinein, dass wir am 16.12.2010 einen großartigen Beschluss gefasst haben, und wir sind froh, dass Herr Junker am Montag gleich viermal gesagt hat, dass der Inhalt dieses Beschlusses selbstverständlich umgesetzt wird. Herr Junker wird sich hoffentlich nicht durch die Reden der Opposition von seinem Vorhaben abhalten lassen.

Jetzt bekommen Sie diesen Beschluss vom 16.12.2010. Ich habe leider keinen Rahmen. Ich hätte Ihnen den sogar gerahmt, damit Sie ihn heute Abend noch über ihr Bett hängen und somit verinnerlichen können.

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Herr Heumann! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Reiningger.

Stadtverordneter Lothar Reiningger, LINKE.:

Herr Vorsteher,

meine Damen und Herren!

Im Unterschied zum Haupt- und Finanzausschuss wird hier ein Wortprotokoll erstellt, und deswegen möchte ich, damit man das in der Nachwelt auch nachlesen kann, jetzt noch einmal vom Magistrat wissen, Herr Becker, wie wir denn damit umgehen. Frau Oberbürgermeisterin, wir beschließen im Dezember, dass die ABG geförderten Wohnungsbau in Bockenheim verwirklichen soll. Wir wissen, und das kann Stadtrat Schwarz bestätigen, dass die Gelder aus den Töpfen für die Jahre 2010/2011 alle schon verpflichtet sind. Am Anfang des Jahres sind sie natürlich noch nicht ausgegeben, aber sie sind verpflichtet.

Für 2012 ist wahrscheinlich auch ein Großteil schon verpflichtet. Das ist fast alles in das Europaviertel geflossen. Es gibt aber Fördertöpfe für geförderten Wohnraum, nicht nur bei der Stadt Frankfurt. Jetzt müssen wir doch einmal ermitteln, wenn Herr Junker mit 12,50 Euro kalkuliert, wie viel Geld er denn braucht, um geförderten Wohnraum für fünf Euro anzubieten. Wie viel Geld braucht er denn? 80.000 Euro pro Wohnung mal 60 Wohnungen. Wenn es ein Drittel sein soll, geht es in diesem Fall um 4,8 Millionen Euro. Sind die im Haushalt enthalten? Herr Becker, haben Sie die 4,8 Millionen Euro schon eingeplant oder gibt es eine andere Zahl? Ich habe das nur hochgerechnet. Das Geld muss doch irgendwo vorhanden sein. Wenn man das jetzt für bare Münze nehmen soll, was hier diskutiert wird, muss doch vom Magistrat eine Antwort gegeben werden können. Ich würde mich darüber freuen, wenn jetzt gesagt wird, dass wir spontan noch irgendeine Lücke entdeckt haben, wo wir noch Geld zur Verfügung haben, das noch in diesen Topf stecken können und in der Lage sind, diese geförderten Wohnungen zu bauen.

Es gab auch die Ankündigung, dass gesagt wurde, wenn es mehr Firmen gäbe, die geförderten Wohnungsbau betreiben wollen, dann würden wir sofort Geld zur Verfügung stellen. Das wäre doch herrlich, wenn wir das jetzt hier zu Protokoll geben könnten und wüssten, dass wir jetzt nur noch Investoren finden müssen, die bereit sind, mit entsprechenden Fördergeldern geförderten Wohnungsbau zu verwirklichen. Aber interessieren würde es mich jetzt konkret für Bockenheim, wie das bezahlt wird. Woher kommt das Geld? Es ist eine Frage an den Magistrat, an Sie, Frau Roth, als Chefin der ABG und an Herrn Becker.

Stadtverordnetenvorsteher

Karlheinz Bührmann:

Danke schön, Herr Reininger! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.